

Matthias Erzberger, „Zur Frage des Staatsbankrotts“ (8. Juli 1919)

Kurzbeschreibung

Matthias Erzberger (1875-1921) stieg aus bescheidenen, katholischen Verhältnissen zu einem der prominentesten und einflussreichsten Politiker während des Ersten Weltkriegs und in den ersten Jahren der Weimarer Republik auf. Dass er dies ohne adeligen Stammbaum, Militärdienst oder Universitätsabschluss tat, machte seinen Aufstieg umso bemerkenswerter.

Erstmals 1903 als Mitglied der katholischen Zentrumspartei in den Reichstag gewählt, nutzte Erzberger unter der alten Reichsregierung seine für ihn typische Fähigkeit zu harter Arbeit, um die Verfahrensweisen der gesetzgebenden Körperschaft bis ins kleinste Detail zu beherrschen. Anfangs unterstützte er Deutschlands aggressives Streben nach einem militärischen Sieg im Ersten Weltkrieg, doch 1917 hatte sich seine Position dahingehend gewandelt, dass er für einen sofortigen Verhandlungsfrieden eintrat. Erzberger leitete später die vierköpfige deutsche Delegation, die am 11. November 1918 den Waffenstillstand unterzeichnete – eine ebenso notwendige wie undankbare Aufgabe, die ihn zur Zielscheibe unerbittlicher Angriffe von rechts machte. Weniger als drei Jahre später, am 26. August 1921, ermordeten rechtsextreme Attentäter Matthias Erzberger bei einem seiner Morgenspaziergänge.

Erzbergers Ausführungen „Zur Frage des Staatsbankrotts“ stammen aus einer längeren Rede, die er in seiner Eigenschaft als neu ernannter deutscher Finanzminister am 8. Juli 1919 vor der Nationalversammlung hielt, weniger als zwei Wochen nachdem das Land widerwillig den Versailler Vertrag unterzeichnet hatte.

In diesen Erklärungen wies Erzberger ausdrücklich alle Spekulationen zurück, dass Deutschland einfach den Bankrott erklären könnte, um die Berge von Staatsschulden zu tilgen, die es nach dem Krieg vor allem bei seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern hatte. Die Hälfte der deutschen Kriegsfinanzierung stamme direkt oder indirekt von Haushalten mit relativ bescheidenen Mitteln, argumentierte Erzberger, und die Weigerung des Staates, seine Kriegsanleienschulden in voller Höhe zurückzuzahlen, würde daher diejenigen Deutschen bestrafen, die eine Rendite für ihre Kriegsinvestitionen am dringendsten benötigten. Er stellte das Schicksal der hart arbeitenden, patriotischen Deutschen, die die Hauptlast einer staatlichen Entscheidung, ihre Kriegsschulden abzuschreiben, zu tragen hätten, dem Schicksal der Kriegsgewinnler gegenüber, die ihr (implizit) unrechtmäßig erworbenes Vermögen trotzdem genießen würden. Ein Verzicht auf die finanzielle Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern, so Erzberger, würde daher einen beispiellosen „Volksbankrott“ bedeuten.

Erzbergers prinzipientreue Haltung im Namen der deutschen Kriegsanleihezeichner bewahrte ihn jedoch nicht vor der Verachtung vieler bürgerlicher Zeichner, deren Investitionen er hier zu schützen suchte. Ihre Abneigung gegen Erzberger rührte sowohl aus der Ablehnung einiger seiner linksgerichteten politischen Positionen als auch aus einer snobistischen Verachtung seines schlichten Auftretens und seiner Art zu sprechen. Die Hyperinflation, die ein Jahr nach Erzbergers Ermordung einsetzte, machte den Wert der deutschen Kriegsanleihen schließlich ohnehin zunichte. Erzbergers Rede von 1919 zeigt jedoch, wie die Regierung anfangs versuchte, die von den Deutschen während des Krieges erbrachten Opfer zu würdigen, auch wenn spätere Regierungen dieses Versprechen nicht einhielten, indem sie es der Inflation ermöglichten, den Wert der Kriegsanleihen in demselben Maße zu verringern, wie es ein Staatsbankrott mit nur geringfügig größerer Geschwindigkeit getan hätte.

Quelle

[...]

Keine Rettung bringt der Staatsbankerott; denn Staatsbankerott ist heute Volksbankerott im Inneren und nimmt Deutschland im Ausland jeden Kredit. Deutschland aber braucht Kredit, viel Kredit, um leben und sich entwickeln zu können. Die in manchen Kreisen leicht verfänglichen Ratschläge auf Annullierung der Kriegsanleihe oder Verkündung des allgemeinen Bankerotts mache ich nicht mit. Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihe als ausgesprochene Volksanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den breitesten Volksschichten aufgebracht worden. 39,1 Millionen Zeichner zeichneten insgesamt 98,2 Milliarden Mark. Von den 39,1 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 34,3 Millionen auf Zeichnungen unter 5000 Mark, das sind 90 Prozent der gesamten Zeichner. Diese 90 Prozent ergaben 25 Milliarden Mark, also rund ein Viertel der Gesamtzeichnungen. Rechnet man die Zeichnungen bis zu 50 000 Mark zu den mittleren Zeichnungen, so ist fast die Hälfte der Gesamtzeichnungen von mittleren, kleineren und kleinsten Zeichnern aufgebracht worden. Außer den 25 Milliarden, welche die kleinen Zeichner aufgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften insgesamt 21,5 Milliarden gezeichnet. Hinter dieser Summe stehen in der Hauptsache Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte, die die Sparkassen als die sicherste Stelle für ihre Ersparnisse betrachten. Über diese Verteilung der deutschen Kriegsanleihe muß man sich vollkommen klar sein, wenn man von der Einstellung oder gewaltsamen Verkürzung der Zinszahlungen für die Kriegsanleihe spricht. Eine solche Maßnahme würde vor allem diejenigen schädigen, die dem Vaterland in der höchsten Not geholfen haben. Die Schieber und Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben; einmal würden sie große Einnahmen gehabt haben, und zweitens würden sie von der Annullierung nicht getroffen werden. Ein Reichsbankerott wäre ein wahrer Volksbankerott, wie die Weltgeschichte hierfür keinen Vorgang kennt. Eherne Pflicht der Reichsfinanzverwaltung ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsendienst der Kriegsanleihe geleistet werden kann. Steuerliche Begünstigungen kann ich allerdings für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird dieselbe auch künftig bevorzugt werden bei Zahlung gewisser Steuern und beim Kauf von Heeresgut; das gilt aber nur für Zeichner der Anleihen, nicht für Spekulationskäufe.

[...]

Quelle: Matthias Erzberger, „Einführungsrede und Übersicht der durch die neuen Vorlagen gekennzeichneten Budget- und Steuergestaltung“, *Nationalversammlungs-Drucksachen*, 50. Sitzung; abgedruckt in *Reden zur Neuordnung des deutschen Finanzwesens*, Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger. Berlin: Verlag von Reimar Hobbing, 1919, S. 4-5.

Empfohlene Zitation: Matthias Erzberger, „Zur Frage des Staatsbankerotts“ (8. Juli 1919), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-5394>> [16.03.2026].